

# Basta!

Nr. 2 / Mai 2012

Basels starke Alternative

## Schluss mit dem Steuerwettbewerb!

Mutationen an:  
Postfach 225, 4005 Basel

AZB  
4005 Basel

Die Basler Regierung plant mit dem Segen der Mehrheit des Grossen Rates die dritte Gewinnsteuersenkung für Unternehmen innert weniger Jahre. Gegen dieses Vorhaben, das im Endeffekt pro Jahr rund 50 Mio. Franken Steuerausfälle zur Folge haben würde, hat Basta! gemeinsam mit SP, JUSO und Gewerkschaften das Referendum ergriffen. Am 24. April wurden rund 3'000 Unterschriften eingereicht. Über die Vorlage abgestimmt wird am 17. Juni.



Schon bei der Sammlung der Unterschriften zeigte sich, dass das Referendum viel Sympathien bei der Bevölkerung geniesst. Viele Rückmeldungen auf der Strasse gingen in die

Richtung, dass diese 50 Mio. Franken für wichtigere und nötigere Vorhaben gebraucht werden sollen als für die Verbesserung der Platzierung im nationalen Steuerwettbewerb. Die Leute haben die Nase voll vom ständigen Buhlen der einzelnen Kantone um die „besten“ Steuerzahler und die profitabelsten Unternehmen.

Das Beispiel unseres Nachbarkantons zeigt, wohin diese Steuerpolitik führt. Leere Kassen werden mit Sparpaketen „saniert“, die Qualität des öffentlichen Dienstes wird abgebaut und der Standort verliert damit massiv an Attraktivität. Und der Gipfel ist dann die Aussage des Baselbieter Finanzdirektors, dass das aktuelle Entlastungspaket den Spielraum für weitere Steuersenkungen – geplant ist insbesondere eine Senkung der Vermögenssteu-

er – schaffen soll! Da gibt es nur eines: Schluss mit dem weiteren Anheizen des Steuerwettbewerbs!

Von der Senkung des Maximalsatzes der Gewinnsteuer profitieren Unternehmen, die grosse Gewinne schreiben, denn nur Unternehmen, deren Gewinn im Verhältnis zum Kapital hoch ist, werden mit dem Maximalsteuersatz belastet.

Wir stellen fest, dass zahlreiche Familien mit Kindern, aber auch viele alleinstehende Personen zunehmend Mühe haben, die hohen Lebenshaltungskosten aufzubringen. Wir stellen fest, dass bei Subventionsverhandlungen viele Institutionen aus dem Sozial- und Kulturbereich keine oder nur eine sehr geringe Erhöhung der Staatsbeiträge bekommen. Dies führt dazu, dass sie ihr Angebot einschränken müssen, dass sie ihren Angestellten seit Jahren keinen Teuerungsausgleich, geschweige denn eine Lohnerhöhung gewähren können. Dieser knauserige Umgang mit Institutionen, die enorm wichtige Arbeit für den Kanton leisten, wird von Seiten der Regierung regelmässig mit den knappen Finanzen des Kantons begründet.

Fortsetzung Seite 2

### Weiter im Text

#### Wahlen 2012

Basta! hat im Hinblick auf die Gesamterneuerungswahlen Grundsatzentscheide gefällt. S. 2

#### Spendenaufruf

Wahlkampagnen kosten. Patrizia Bernasconi begründet, warum eine Spende an Basta! gut investiertes Geld ist. S. 3

#### Asyl in Not?

Das junge grüne Bündnis macht sich Gedanken zur Unterbringung von Flüchtlingen und stellt Forderungen. S. 4

#### Basta! wählt ein Präsidium

Urs Müller wird erster Präsident von Basels starker Alternative Basta! S. 4

#### Pauschalbesteuerung

Niggi Scherr motiviert Sie, die eidgenössische Volksinitiative für die Abschaffung der Pauschalbesteuerung zu unterschreiben. S. 5

#### Mythen über die Krise

Hans Schäppi bespricht die neueste Publikation von Heiner Flassbeck. S. 6

#### Kreuzworträtsel

S. 7

#### Stopp ACTA

Franziska Stier erläutert, warum das internationale Abkommen zur Bekämpfung von Produkte- und Markenpiraterie nicht ratifiziert werden sollte. S. 8

## Senkung der Gewinnsteuer (Fortsetzung)

Viele BewohnerInnen sowie soziale und kulturelle Institution des Kantons Basel-Stadt müssen also den Gürtel enger schnallen, während hoch profitable Unternehmen erneut beschenkt werden sollen. Die Umverteilung des Reichtums von unten nach oben wird jährlich drastischer, immer weniger Reiche besitzen einen immer grösseren Anteil des weltweiten Gesamtvermögens. Mit der Senkung der Gewinnsteuer setzt der Kanton diesen Trend fort, statt ihn zu durchbrechen. Das ist auch ökonomisch bedenklich, wird doch ein beträchtlicher Teil der gigantischen Gewinne nicht in die Wirtschaft investiert, sondern landet auf den Finanzmärkten, was den Bankensektor zusätzlich aufbläht. Welche Folgen das haben kann, wissen wir spätestens seit der Finanzkrise.

BastA! lehnt deshalb die erneute Senkung der Gewinnsteuer grundsätzlich ab. Für uns ist es nicht der Zeitpunkt, der falsch ist, sondern das Vorhaben an sich. Es geht für BastA! auch nicht um die Frage, ob wir uns die erneute Senkung der Gewinnsteuer leisten können, sondern ob wir sie uns leisten wollen. Wenn schon Geld ausgegeben werden soll,

dann sicher nicht schon wieder für Steuererlöse an Unternehmen, die hohe Gewinne erzielen. Investitionen in den Erhalt und den Ausbau des Service Public kommen allen BewohnerInnen zu Gute. Ausserdem braucht es gezielte Entlastungen für Familien mit Kindern, aber auch für Alleinstehende mit geringem Einkommen und wenig finanziellen Reserven.

Aus all diesen Gründen engagiert sich BastA! für ein Nein zur weiteren Senkung der Unternehmensgewinnsteuer.

Heidi Mück

Keine Baselbieter Finanzverhältnisse!

Am 17. Juni.

Nein zur 3. Senkung der Gewinnsteuern.

SP BastA! UNIA JUSO upod region basel syndicom

## BastA! hat im Hinblick auf die Wahlen Grundsatzentscheide gefällt

Obwohl etliche Mitglieder die bisherige Amtsführung der rot-grünen Regierungsmehrheit kritisierten, hat an der Jahresversammlung von BastA! eine deutliche Mehrheit für die Unterstützung der gemeinsamen Liste des rot-grünen Bündnisses zu den Regierungsratswahlen votiert. Vorbehalten bleiben die noch ausstehenden Nominierungen der KandidatInnen durch SP und Grüne. Überzeugt hat insbesondere der Sachverhalt, dass in der

(noch nicht definitiv verabschiedeten) gemeinsamen Wahlplattform einige uns wichtige Themen berücksichtigt sind, wie etwa der Schutz von günstigem Wohnraum oder die Besserstellung von Familien mit Kindern. Mit ebenso deutlicher Mehrheit beschloss BastA!, die Kandidatur von Guy Morin für das Regierungspräsidium zu unterstützen. Unbestritten war schliesslich, dass BastA! zu den Grossratswahlen wieder gemeinsam mit den Grünen antritt.

## Parolen 17. Juni

Im Hinblick auf die Abstimmungen vom 17. Juni hat BastA! folgende Parolen beschlossen:

**Nein** zur Volksinitiative „Eigene vier Wände dank Bausparen“. Eine Annahme der Initiative würde es vor allem reichen Haushalten, die sich ohnehin Wohneigentum leisten können, erlauben, Steuern einzusparen. Die weniger begüterten Haushalte hätten das Nachsehen. Der Entscheid für die Nein-Parole fiel einstimmig.

**Nein** zur Volksinitiative „Staatsverträge vors Volk“. Wichtige Staatsverträge, die eine Verfassungsänderung benötigen, gelangen heute schon zur Abstimmung, gegen andere kann das Referendum ergriffen werden. Die Initiative ist unnötig und würde nur mehr Kosten generieren. Der Entscheid fiel einstimmig.

**Nein** zur Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (Managed Care). BastA! ist nicht grundsätzlich gegen Hausarztmodelle, wie wir sie etwa in Basel kennen. Doch die nun zur Abstimmung gelangende Vorlage ist eine Mogelpackung und verstärkt die ohnehin schon spürbare Tendenz zur Zweiklassen-Medizin und zur Ökonomisierung des Gesundheitswesens. Die Nein-Parole wurde ohne Gegenstimme bei einer Enthaltung gefasst.

**Nein** zur erneuten Senkung der Unternehmensgewinnsteuer im Kanton Basel-Stadt. BastA! hat als erste Partei beschlossen, das Referendum gegen diese Vorlage zu ergreifen. Wir wollen keine Baselbieter Finanzverhältnisse. Dem verheerenden Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen muss endlich ein Riegel geschoben werden. Profitieren von der Steuersenkung würden ohnehin nur einige wenige hochrentable Konzerne. Die 50 Millionen Franken, die jährlich in der Staatskasse fehlen würden, können sinnvoller investiert werden. Der Entscheid fiel einstimmig.





Patrizia Bernasconi



# BastA! bewegt!

Liebe Leserin, lieber Leser

Am 28. Oktober ist es wieder so weit: Die Stimmberechtigten im Kanton Basel-Stadt wählen den Grossen Rat und den Regierungsrat. Auch BastA! wird sich an den Wahlen beteiligen, gemeinsam mit den Grünen unter der Listenbezeichnung «Grünes Bündnis».

Vielleicht fragen Sie sich: Was kann denn eine relativ kleine Gruppierung wie BastA! im Grossen Rat bewirken? Ein Blick auf die vergangenen vier Jahre zeigt: Auch wenn unsere Ideen und Vorstösse nur selten mehrheitsfähig waren, haben wir einiges erreicht. Unserer Beharrlichkeit ist es zu verdanken, dass die Quartiertreffpunkte vom Kanton mehr Geld erhalten. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass die Regierung mit den Bewohnerinnen und Bewohnern der Wasserstrasse eine einvernehmliche Lösung sucht. Mit mehreren Vorstössen forderten wir eine Besserstellung der Bezügerinnen und Bezüger von Sozialhilfe. Wir haben die Auslagerung der öffentlichen Spitäler kritisiert und bekämpft. Wir haben uns für das Stimmrecht von Migrantinnen und Migranten eingesetzt. Aktuell engagieren wir uns in der Abstimmungskampagne gegen die erneute Senkung der Gewinnsteuer. Dies sind nur einige wenige Beispiele, die verdeutlichen: BastA! bewegt!

BastA! versteht sich als linke, oppositionelle Gruppierung. Wir greifen in das politische Geschehen ein, im Grossen Rat und auf der Strasse. Wir scheuen uns nicht davor, den Kniefall der Politik vor den Grosskonzernen öffentlich anzuprangern. Für uns steht auch fest: **Stadtentwicklung muss alle Bevölkerungsschichten berücksichtigen. Die Verdrängung der weniger Begüterten zugunsten Gutverdienender ist nicht tolerierbar. Soziale Gerechtigkeit ist die Richtschnur unseres politischen Handelns.**

Helfen Sie mit, dass die sozial Benachteiligten auch in der kommenden Legislaturperiode eine starke Stimme im Parlament haben! Wählen sie am 28. Oktober unsere Kandidatinnen und Kandidaten! Und nicht zuletzt: **Unterstützen Sie uns mit einer Spende, damit der kommende Wahlkampf nicht ein grosses Loch in unserer Parteikasse zurücklässt.** Wir danken es Ihnen mit beharrlichem Engagement für eine lebendige Stadt, in der alle Bevölkerungsschichten in Würde leben können.

Patrizia Bernasconi, Fraktionspräsidentin

BastA!  
Postfach, 4005 Basel  
sekretariat@basta-bs.ch  
www.basta-bs.ch  
PC 40-31244-5

**BastA!**  
Basels starke Alternative





junges grünes bündnis  
nordwest

# Asyl in Not?

Forderungskatalog des jgb

**Das Asylwesen ist ein Dauerthema. PolitikerInnen, Medien und (selbsternannte) ExpertInnen verlangen immer wieder die Beschleunigung der Asylverfahren oder beschwerten sich über angeblich fehlende oder falsche Fluchtmotive der Asylsuchenden. Ein Thema wird aber meist ausgeklammert: Die Betroffenen. Wie gehen wir mit den Asylsuchenden um? Wie beherbergen und betreuen wir sie?**

Überfüllte Unterkünfte, Asylsuchende, die auf der Strasse schlafen müssen, mangelnde Solidarität in den Quartieren und Gemeinden – die Probleme häufen sich. Das junge grüne bündnis nordwest hat sich deshalb in einer Arbeitsgruppe intensiv mit dem Thema Asyl auseinandergesetzt und analysierte, was in der Region Basel angepackt und umgesetzt werden muss, um die Situation für die Betroffenen zu verbessern. Daraus entstand ein Positionspapier mit Forderungen, auf die im Folgenden genauer eingegangen wird. Aufgrund der sich in letzter Zeit häufenden Meldungen über Asylsuchende, welche keinen Platz mehr im Basler Empfangszentrum finden und daher im Winter draussen übernachten mussten, betrifft ein Grossteil der Forderungen die Unterkunftssituation. Das jgb fordert von den Regierungen der Kantone Basel-Stadt und Basel-Land:

1. Das Bereitstellen von genügend kantonalen Unterkünften mit ausreichender Anzahl Reserveplätze
2. Förderung und Unterstützung des Kapazitätsausbaus des Basler Empfangs- und Verfahrenszentrums (EVZ)
3. Ganztags zugängliche Notunterkünfte für alle

4. Mindestanforderungen für Unterkünfte betreffend Tageslicht, sanitärer Einrichtungen, Wohnfläche, etc.
5. Faire, solidarische Verteilung der Asylunterkünfte auf die Gemeinden und Quartiere

Dass in den letzten Wochen wieder Personen am EVZ abgewiesen wurden, zeigt, wie dringend das Einrichten von mehr Unterkünften und ein Kapazitätsausbau am EVZ ist. Das jgb beschäftigte sich zudem mit dem Betreuungs- und Integrationsangebot für Asylsuchende und fordert:

6. Entprivatisierung und Qualitätssteigerung bei der Betreuung von Asylunterkünften
7. Ausbau der Beratungsstellen sowie der Integrationsprogramme und wirtschaftlichen Brückenangebote für Asylsuchende
8. Vermehrte Beantragung humanitärer Bewilligungen durch die Kantone

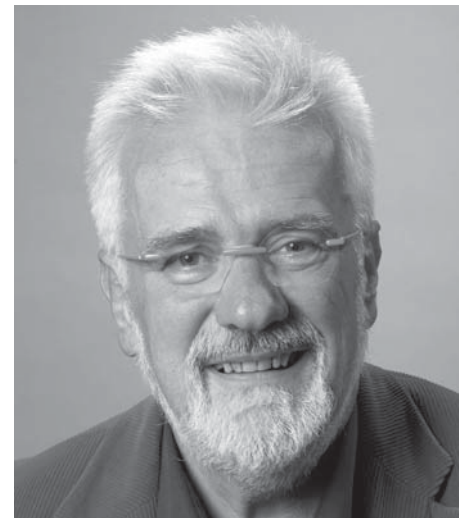
Das jgb diskutierte an der Podiumsveranstaltung am 9. Mai die Forderungen und mögliche Perspektiven mit Regierungsrat Christoph Brutschin und Fachpersonen aus dem Asylwesen: Francesca Falk (Universität Basel), Michel Meier (BAS), Almut Rembges (bblackbox) und Stefan Schlegel (foraus). Die Veranstaltung fand leider nach Redaktionsschluss statt, weshalb wir hier nicht darüber berichten können. Klar ist: Wir bleiben auf jeden Fall am Thema dran!

junges grünes  
bündnis

## Der erste BastA!-Präsident heisst Urs Müller

**Basels starke Alternative BastA! hat erstmals in ihrer Geschichte ein Präsidium gewählt.**

BastA! hat an einer Mitgliederversammlung im Februar dieses Jahres ohne Gegenstimme bei zwei Enthaltungen Urs Müller zum ersten Präsidenten in der Geschichte der Partei gewählt. BastA! ist im Juni 1995 gegründet worden. Die Gründungsmitglieder verzichteten damals bewusst auf die Einrichtung eines Präsidiums. Sie verstanden BastA! als Partei mit Bewegungskarakter und entsprechenden basisdemokratischen Strukturen. Mit den Jahren rückte aber die parlamentarische Arbeit mehr und mehr ins Zentrum der Aktivitäten der Partei. Der Grundsatzentscheid, ein Präsidium einzurichten, ist an der Jahresversammlung im April 2011 gefallen. Die Anwesenden stimmten einer entsprechenden Statutenänderung deutlich zu. BastA! brauche jetzt klare Strukturen, um in der Öffentlichkeit besser wahrgenommen zu werden, wurde argumentiert.



Urs Müller muss nicht näher vorgestellt werden. Durch sein langjähriges Engagement als Grossrat und seine Medienpräsenz hat er schon bisher BastA! in der Öffentlichkeit ein Gesicht gegeben. Urs Müller ist für zwei Jahre gewählt worden. In seiner Antrittsrede betonte er, seine Wahl sei eine Lösung auf Zeit. BastA! müsse nun den Generationenwechsel in die Wege leiten. Wir wünschen Urs Müller in seinem Amt viel Kraft und gutes Gelingen bei der Umsetzung unserer politischen Grundsätze.

Dass BastA! nun über ein Präsidium verfügt, heisst nicht, dass wir uns ganz von basisdemokratischen Strukturen verabschiedet hätten. An den Koordinationssitzungen (Vorstand) sind nach wie vor nicht nur die gewählten Repräsentantinnen und Repräsentanten, sondern alle interessierten Mitglieder willkommen.



# Schluss mit Steuerprivilegien für Millionäre

Pauschalbesteuerung

Am 8. Februar 2009 war die Sensation perfekt: 52.9% der Zürcherinnen und Zürcher sagten Ja zur Initiative der Alternativen Liste (AL) für die Abschaffung der Pauschalbesteuerung. Seither haben drei weitere Kantone Ja gesagt (SH, SG, AR). Auch in Baselland, Baselstadt und Bern wird demnächst – überall mit Aussicht auf Erfolg - abgestimmt. Zurzeit sammelt die Alternative Linke Unterschriften für eine Abschaffung auf eidgenössischer Ebene. Damit kann auch dem Steuer-Tourismus Einhalt geboten werden, der bei Abschaffung in einzelnen Kantonen droht. Die Initiative ist noch lange nicht über den Berg: wir brauchen die Unterstützung von allen!

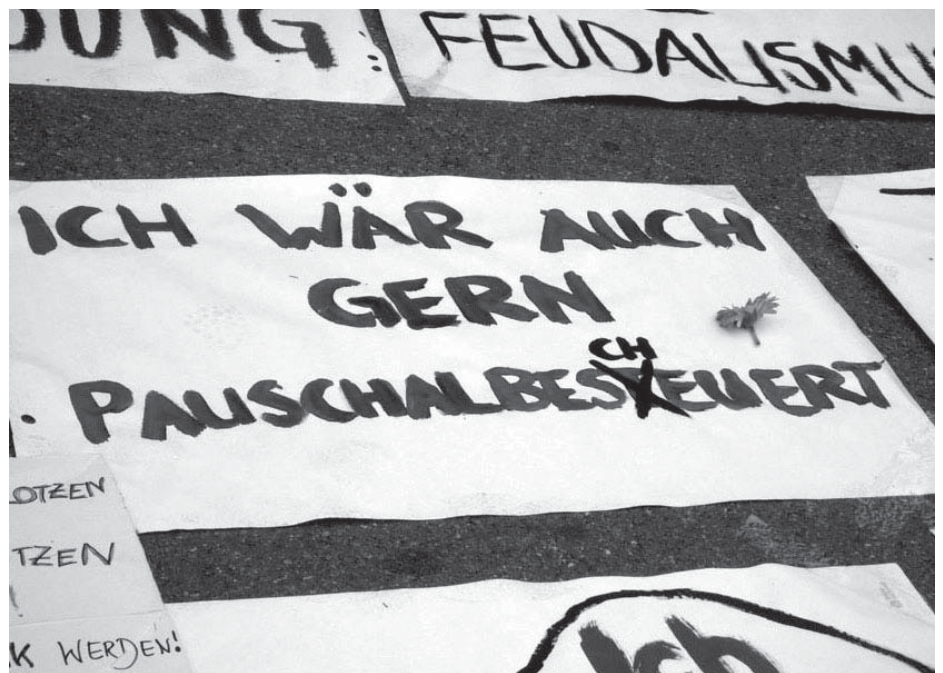
Unter der Voraussetzung, dass sie in der Schweiz keine Erwerbstätigkeit ausüben, können sich ausländische Multimillionäre pauschal besteuern lassen. Statt dem effektiven Einkommen und Vermögen müssen sie bloss einen Pauschalbetrag, in der Regel den fünf- bis siebenfachen Mietwert ihrer Wohnung, als Einkommen versteuern. Zurzeit profitieren 5'500 Superreiche von diesem skandalösen Steuerprivileg. In den letzten Jahren hat sich ihre Zahl mehr als verdoppelt, 2003 waren es erst 2'394

## Hochburgen in der Romandie und im Tessin

Als erster Kanton hat die Waadt schon 1862 die Pauschalbesteuerung als Tourismus-Fördermassnahme eingeführt. Noch 2005 verzeichneten erst 12 von 23 Kantonen Pauschalbesteuerte, heute praktisch alle. Hochburgen sind Wallis, Waadt, Genf und Tessin, auf die fast drei Viertel aller Profiteure entfallen. Im Schnitt versteuerte ein Pauschalsteuerter 2008 ein Einkommen von 317'000.- und zahlte darauf 116'000 Franken Steuern an Bund, Kanton und Gemeinde. Insgesamt resultierten 577.1 Mio. Franken – gerademal 0.49% aller Steuereinnahmen.

## Von Charlie Chaplin zu den Schein-Erwerbslosen

Da bei uns im Prinzip nur erwerbstätige Personen eine Aufenthaltsbewilligung bekommen können, war die Pauschalbesteuerung ursprünglich vermögenden Rentnern mit einem persönlichen Bezug zur Schweiz vorbehalten („Lex Chaplin“). Mit der EU-Personenfreizügigkeit sind sowohl die Altersgrenze wie das Gebot der Erwerbstätigkeit gefallen. Nach dem neuen Ausländergesetz von 2005 können auch Nicht-Erwerbstätige bei „wichtigen öffentlichen Interessen“ eine Bewilligung erhalten. Die 2007 auf Antrag von Blocher erlassene Verordnung zählt dazu ausdrücklich auch „erhebliche kantonale fiskalische Interessen“. Neben einer wachsenden Zahl von Schein-Einwohnern, die hier bloss ein steuerpolitisches pied-à-terre unterhalten, machen heute immer mehr Business-Nomaden und



„Schein-Erwerbslose“ vom Pauschalsteuer-Privileg Gebrauch, die offensichtlich über hiesige Holding- und Verwaltungsgesellschaften ihre weltweiten Konzerne managen. Prominenteste Beispiele: Viktor Vekselberg (Renova-Management AG, Beteiligungen an Sulzer, OC Oerlikon und Züblin) und Ingvar Kamprad (IKEA).

## Zürich beweist: es geht auch ohne

Nach dem Abschaffungs-Entscheid in Zürich sind – zum Erstaunen vieler – 102 von 201 Pauschalbesteuerten geblieben und zahlen jetzt ordentlich Steuern. Von den Flüchtigen verzogen sich bloss 26 ins Ausland, drei Viertel flohen in andere Kantone. Steuerpolitisch ist die Bilanz ausgeglichen: die Verbliebenen zahlten 2010 1.6 Millionen Franken mehr als alle Pauschalbesteuerten vorher zusammen. Darin nicht eingerechnet ist der Steuerertrag der ordentlichen Steuerzahler, die in die verlassenen Steuerflüchtlings-Villen eingezogen sind...

*Niklaus Scherr*

**Unterschreiben Sie die Initiative!**

Mehr Infos und Unterschriftenbögen auf:

[www.pauschalsteuer-nein.ch](http://www.pauschalsteuer-nein.ch)

## Was geht es uns an?

**Auslandsaktivitäten Schweizer Konzerne – wenn Menschenrechte und Umweltstandards auf der Strecke bleiben**

**Öffentliche Talkrunde am Donnerstag, 24. Mai, 19:30 im Saal der Schlüsselzunft in Basel**

Auf dem Podium diskutieren:

- **Urs Rybi**, Erklärung von Bern, Fachbereich Rohstoffe
  - **Beat Jans**, SP-Nationalrat, Umweltnaturwissenschaftler beim Institut ecos
  - **Dr. Lukas Engelberger**, Advokat, CVP-Grossrat
  - **Dr. Sibyl Anwander**, Coop, Leiterin Nachhaltigkeit/Wirtschaftspolitik
- Moderation:
- **Patrik Tschudin**, Wissenschaftsjournalist, Schweizer Radio und Fernsehen SRF



Am 13. März fand in Basel eine Veranstaltung von BastA über die Eurokrise mit Heiner Flassbeck, Chefökonom der Welthandels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD), statt. Anfangs dieses Jahres erschien von ihm im Suhrkamp Verlag eine kleine Schrift: „Zehn Mythen der Krise“, welche hier kurz besprochen wird.



Die erste Phase der heutigen Weltwirtschaftskrise war bekanntlich geprägt durch die Finanz- und Bankenkrise 2007/ 2008. Die Gefahr eines grösseren Absturzes konnte ge-

bannt werden mit Rettungsmaßnahmen für Banken und mit Konjunkturprogrammen, d.h. mit Mitteln, die vorher mit dem Bannfluch des Keynesianismus belegt waren. Viele glaubten, die neoliberale Ideologie sei damit in eine Krise geraten und es öffne sich ein open window of opportunity für kritisches ökonomisches Denken. Allerdings wurde rasch klar, dass das Fenster wieder zugeschlagen ist und die neoliberalen Mythen immer noch beinahe ausnahmslos die Köpfe der Journalisten und Politikerinnen beherrschen. Dies ist umso erstaunlicher, als die neoliberalen Ideologen behaupten, dass sich mit einer Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit, einem Sozialabbau, einer Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und einer Beschränkung der Staatshaushalte Wachstum und Prosperität erzeugen lasse, was sich aber immer wieder als grosser Flopp herausgestellt hat. Das, was heute wächst, sind bekanntlich Ungleichheit und Armut. Und wir stehen in Europa am Abgrund einer Phase der Deflation und der Stagnation. Und dennoch warnen uns die Medien täglich vor Inflation und Staatsverschuldung. Dies zeigt deutlich, dass es sich beim Neoliberalismus um eine Ideologie handelt, die mit der gesellschaftlichen Realität wenig zu tun hat, um Mythen, um eine schlechte Religion, die allein dazu dient, die Reichen, die Abzocker und Spekulanten noch reicher zu machen. Und wenn diese Mythen unsere Köpfe beherrschen, so ist das vorab auf den unverdaulichen Einheitsbrei zurückzuführen, welchen uns die Medien servieren. Denn kaum schaltet man am Morgen das Radio an, vernehmen wir, was die zarte Seele der Finanzmärkte gerade verunsichert und was wir so zu tun und zu lassen haben.

Der erste Mythos, den Flassbeck abhandelt, ist die Meinung, die Finanzmärkte seien effizient und förderten unseren Wohlstand, weshalb bei uns Spekulanten schönfärbend „Investoren“ genannt werden. Hier kann Flassbeck auf seinen Lehrmeis-

ter John Maynard Keynes, den berühmten britischen Ökonomen, zurückgreifen, der gezeigt hat, dass Finanzmärkte, wie auch die Märkte für Rohstoffe und Grundnahrungsmittel, primär durch den Herdentrieb grosser und kleinerer Spekulanten bestimmt werden mit all den negativen Folgen der Verstärkung von zyklischen Bewegungen durch Blasenbildung, was vorab Spuren der Verwüstung hinterlässt und immer wieder hinterlassen hat. Eine Gesellschaft wie die unsere, wo die Finanzmärkte gleichsam als Inbegriff der Weltvernunft, als Hegels Weltgeist, gelten, kann eigentlich nur als im höchsten Masse irrational und krank bezeichnet werden. Was Flassbeck weniger zeigt, ist die Tatsache, dass Finanzmärkte wichtige Mechanismen der Umverteilung sind, wo der Reichtum konzentriert und die kleinen Sparer, bei uns z.B. in den Pensionskassen, enteignet werden. Denn eine Steigerung der Gewinnraten von 15 – 20% bei einem Wachstum einer Volkswirtschaft von 2-3 % ist nur mit Hilfe einer Umverteilung von Gewinnen durch Enteignung möglich.

Der 2. Mythos, den Flassbeck behandelt, ist die falsche Annahme, „die Regierungen hätten erkannt, dass sie handeln müssten“. Wenn Regierungen in gewissen Situationen Banken retten oder die Zentralbanken die Märkte mit Geld fluten, so tun sie dies nicht, weil sie gescheitert geworden wären,



Heiner Flassbeck, Chefökonom der UNCTAD

sondern weil diese, der neoliberalen Ideologie widersprechenden Massnahmen zur Wahrung der Interessen des Finanzkapitals nötig sind. Und so darf es auch niemanden erstaunen, dass bis heute eine Regulierung der Finanzmärkte, welche diesen Namen verdient, ausgeblieben ist. Den Regierungen geht es nicht darum, die Gründe der Krise zu analysieren oder gar zu bekämpfen, sondern allein darum, die Interessen der Kapitalbesitzer, der Abzocker und der Spekulanten zu wahren.

Im Rest des Buches widerlegt Flassbeck die gleichsam „klassischen“ neoliberalen Mythen: Die Märkte seien effizient im Gegensatz zum ineffizienten Staat; die Staatsausgaben, insbesondere die Staatsschulden, würden das eigentliche Problem und die Ursache der Krise darstellen und sie würden die zukünftigen Generationen belasten; wir alle, insbesondere die Griechen und die faulen Südländer, würden über unsere Verhältnisse leben, und was da alles noch von Ökonomen, Politikerinnen und Journalisten an Dummheiten abgesondert wird. Interessant ist Flassbeck auch, wenn er zeigt, wie stark neoliberale Gemeinplätze und „Mythen“ bei Linken und Grünen verbreitet sind, womit in diesen Bewegungen konservativen und reaktionären Kräften der Weg geebnet wird. Erwähnt werden bei Flassbeck auch die Schandtaten der rot-grünen Regierung Schröder/Fischer, welche hoffentlich als einsamer Gipfel linker Perversion in die Geschichte eingehen werden.

Flassbeck ist ein Keynesianer, der einen aufgeklärten, gut funktionierenden Kapitalismus für möglich hält. Er unterschätzt damit die Mechanismen der Ausbeutung und der Enteignung, welche in der Profitproduktion eine zentrale Rolle spielen und die Krise verursachen. Selbst das keynesianische bestimmte, „goldene Zeitalter“ von 1945 – 1975 war nur für die imperialistischen Zentren eine goldene Zeit, da die Kosten dieser Wachstumsphase auf die Länder des Südens und die Umwelt verlagert wurden. Mit der neoliberalen Wende kehren nun die Ausbeutungsmechanismen mit voller Härte in die Zentren zurück, sodass heute Griechenland vom IWF behandelt wird wie die Länder des Südens in der „Verschuldungskrise“ der 1980er-Jahre. Hoffentlich wird auch in Europa ein Um-

Fortsetzung nächste Seite

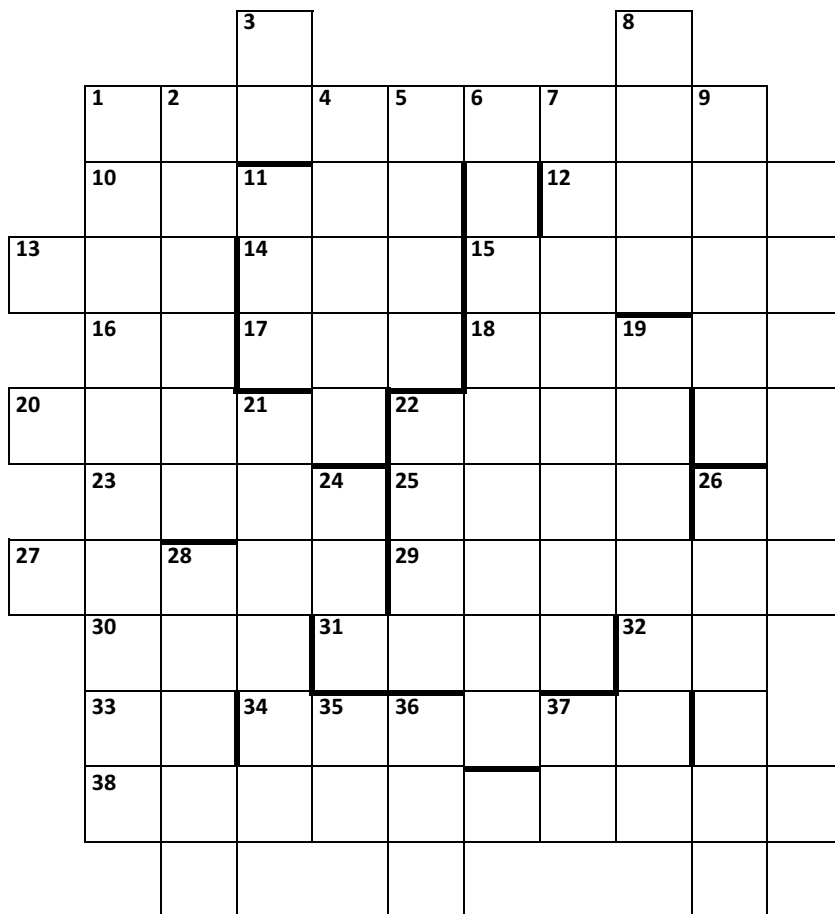
## Mythen (Fortsetzung)

denken einsetzen, wie dies in Südamerika nach dem „verlorenen Jahrzehnt“ der 1980er-Jahre vorab in Ländern wie Venezuela, Bolivien und Ecuador, aber auch in anderen lateinamerikanischen Staaten der Fall war. Auch für die südeuropäischen Länder wird es wohl keine andere vernünftige Lösung geben, als dass sich diese nach einem Linksrutsch enger zusammenschliessen, gemeinsam die Eurozone verlassen und eine eigene gemeinsame Währungsunion bilden. Es ist das ein Weg jenseits eines ruinösen Verbleibens in der Eurozone und einer problematischen nationalistischen Regression.

Hans Schüppli



## Kreuzworträtsel



### Waagrecht

(y = j = i)

1) Zwischen Schulter und Kopf sehr flexibler Politiker steht auf der roten Liste der Vogelwarte Sempach 10) Cortège bedeutet für Nicht-Fasnächtler Wohnungswechsel 12) Reklamelicht 13) Fast schon verrück-

ter Inselbewohner 14) In Sarkozys Suppe unabdingbar 15) Da sehen die Romands schwarz 16) Rückwärts gelesen die Initialen von Roland Stark, zukunftsgerichtet Schweizer Radio 17) Le dernier de Sarkozy? 18) So schlau, geschäftstüchtig und durchtrieben kann kein Jeep sein 20) Po-

tenter Ochse ist umgangssprachlich pleite 22) Ging als der Schreckliche in die russische Geschichte ein 23) C'est le ton qui fait la musique 25) Übertriebene Verehrung steht in Basel für gutes Kino 27) Kürzel für Kurzschrift, moderne SachbearbeiterInnen verstehen da vermutlich Bahnhof 29) Fiktive Radiostation verbreitete im ehemaligen Ostblock politische Witze 30) Vor Verkauf Startschuss für SchnäppchenjägerInnen 31) Veraltete Verwandte ist sicher nicht sauer 32) Bewährte Basler Schule wird Harmos geopfert 33) Die Tage dieses kreativen Areals sind gezählt 34) Ob wirklich reif ist, wer in Deutschland diese Prüfung besteht? 38) Von Rechtspopulisten bedrohte Staatsform

### Senkrecht

(y = j = i)

1) Wo Thomas Kessler sich am kleinbasler Rheinufer mit Abenteueremigranten trifft 2) Katholischer Geistlicher im Ruhestand 3) Wirklich vereinigte Nationen? 4) Sehr trockener, aber ambitionierter Basler FDP-Politiker 5) Als Filet im Bierteig ist auch ein Altbundesrat geniessbar 6) Dieser lustige Geselle gehört nicht zur Cervelat-Prominenz 7) Das kann ja nicht normal sein 8) Blochers Fuss liegt schwer auf dem Gaspedal 9) Neudeutsch für „Hoppla!“ 11) Zürcher Eislöwen 19) Keine Frage 21) Gefühlslage: Nur ich denk an mich 22) Billigmöbelhaus für BastlerInnen 24) Hat verdient, wer's gut gemacht hat 26) Wer den französischen Fusel mag, kennt den einheimischen Absinth nicht 28) Das Schlaraffenland der Kälber 35) Katzmann wäre verdoppelt ein DJ oder ein Wehwehchen 36) Ehemals Partner von Tina Turner (Vorname) 37) Kürzt eine lange Aufzählung ab



Werden Sie Mitglied

„Die Reichen werden immer reicher, die Armen immer ärmer.“ Diese alte Feststellung ist heute aktueller denn je: Sozialabbau, Privatisierung öffentlicher Betriebe und Entsolidarisierung der Gesellschaft sind die Stichworte. Wir sagen dazu BastA! und haben uns 1995 in „Basels starker Alternative“ zusammengeschlossen.

Wenn Sie unsere politischen Grundsätze teilen, sind Sie bei uns jederzeit als Mitglied willkommen. Mehr Informationen finden Sie auf unserer Website:

[www.basta-bs.ch](http://www.basta-bs.ch)

- Ich interessiere mich für BastA! Schickt mir mehr Unterlagen.
- Ich möchte regelmässig von BastA! hören. Ich spende mindestens Fr. 30.– und bekomme den detaillierten BastA!-Versand.
- Ich will Mitglied von BastA! werden und bezahle einen monatlichen Beitrag von Fr. \_\_\_\_\_.–  
(Richtgrösse ist 1% des Nettoeinkommens, der Minimalbeitrag für Leute mit geringem Einkommen beträgt Fr. 10.– pro Monat).
- Ich bestelle die Broschüre „Mobilität mit Qualität“ (38 Seiten, Unkostenbeitrag Fr. 5.–)

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

Telephon/Fax: \_\_\_\_\_

Bitte einsenden an:  
BastA!, Basels starke Alternative  
Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel  
oder Fax 691 16 31

Am Samstag, den 07. April nahmen rund 300 Personen an einer Demonstration gegen das Anti-Counterfeiting Trade Agreement teil. Das Abkommen, kurz ACTA, ist ein internationales Handelsabkommen, das primär gegen Produkt- und Markenpiraterie gedacht ist. Was zunächst harmlos klingt, hat jedoch weitreichende Konsequenzen.

Das Abkommen wurde unter Ausschluss der Öffentlichkeit verhandelt. Auch Dritt- und Schwellenländer nahmen explizit nicht teil. Denn neben Internetzensur steht auch die Kriminalisierung von Generika auf der Tagesordnung der ACTA-Kommission. Der breite Widerstand gegen dieses Abkommen ist also nicht nur in der Internetcommunity entstanden. So wehren sich zum Beispiel die Ärzte ohne Grenzen gegen ACTA. Die unterzeichnenden Länder würden verpflichtet, Generika, die in Hilfsgebiete transportiert werden sollen, zu vernichten. So müssten Hilfsorganisationen auf die teuren Medikamente der Pharmariesen zurückgreifen, was Hilfe in Entwicklungsgebieten verunmöglicht.

Das Bündnis kritisiert ausserdem die antidemokratische Vorgehensweise um das Abkommen. Zwar ist der beschlossene Text mittlerweile einsehbar, aber die zugehörigen Protokolle, die in Teilen notwendig sind, um den Inhalt deutbar zu machen, bleiben unter Verschluss. Ausserdem soll eine Kommission eingerichtet werden, die nachträglich Änderungen am Abkommen durchführen kann, ohne dass die unterzeichnenden Staaten diese bestätigen müssen.

Es gibt also genug Gründe, gegen ACTA zu protestieren. Die Schweiz wird die Ratifizierung voraussichtlich im Juni diskutieren. Bis dahin gilt es, weiterhin Proteste gegen die Politik der Grosskonzerne zu organisieren. Das Basler Bündnis sieht sich als Teil einer weltweiten Bewegung, die schon Millionen Menschen mobilisiert hat und einige Staaten von der Unterzeichnung des Handelsabkommens abbringen konnte.

Eine kleine Besonderheit hatte der Basler Protest dennoch. Im Gegensatz zu den meisten anderen Demonstrationen ging es dem Bündnis nicht einfach um die Ablehnung bestehender und zukünftiger Entwicklungen, sondern es zeigte auch die Perspektive von unbegrenztem Zugang zu Wissen – von kostenloser Bildung für alle bis hin zum Zugang zu Forschungsergebnissen an Hochschulen – auf.

*Franziska Stier*

Das Abkommen kann unter folgender Internetadresse eingesehen werden: [http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2010/december/tradoc\\_147079.pdf](http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2010/december/tradoc_147079.pdf)



Impressum: Nr. 2/Mai 2012. Herausgeber: Förderverein BastA!, Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel, Tel. 061 / 691 16 31, E-Mail: sekretariat@basta-bs.ch, PC 40-31244-5, Website: [www.basta-bs.ch](http://www.basta-bs.ch), erscheint mind. 4x jährlich, für alle Mitglieder gratis. Redaktion: Karin Haerberli, Patrizia Bernasconi, Richard Spillmann, Martin Flückiger, Druck: Rumzeis Basel